

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

17. Wahlperiode

Abgeordneten-Büro Berlin:

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel.: 030/227/72542 • Fax: 030/227/70132
E-Mail: thomas.strobl@bundestag.de
Internet: www.thomas-strobl.de

Abgeordneten-Büro Heilbronn:

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn
Tel.: 07131/9824215 • Fax: 07131/9824216
E-Mail: thomas.strobl@wk.bundestag.de
Internet: www.thomas-strobl.de

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche

Deutschland ist und bleibt Stabilitätsanker. Herbstprognose der Bundesregierung

In dieser Woche hat die Bundesregierung ihre Herbstprognose vorgelegt. Hierzu erklärten der Vorsitzende der Landesgruppe der CDU Baden-Württemberg, Thomas Strobl, und der ebenfalls der Landesgruppe angehörende wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Joachim Pfeiffer:



(Fotos: Bundestag)

„Die deutsche Wirtschaft hält auch in schwierigem Fahrwasser ihren Kurs. Für das Jahr 2012 prognostiziert die Bundesregierung trotz Turbulenzen an den Finanz- und Devisenmärkten ein Wirtschaftswachstum von 1 Prozent. Damit folgt sie tendenziell

der Einschätzung der führenden Wirtschaftsinstitute des Landes von letzter Woche. Diese gehen in ihrem Herbstgutachten ebenfalls von einem schwächeren Wachstum (0,8 Prozent) aus, als noch im Frühjahr prognostiziert.

Trotz Wachstumsrückgang ist und bleibt Deutschland ein Anker der Stabilität in einem immer schwieriger werdenden weltwirtschaftlichen Umfeld. Das macht auch die anhaltende positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt deutlich.

Die Arbeitslosenquote sinkt nach Einschätzung der Bundesregierung 2012 auf 6,7 Prozent gegenüber 7,0 Prozent im Jahr 2011.

Das bedeutet, die Arbeitslosenzahl bleibt im Durchschnitt unter der Drei-Millionen-Marke. Die Koalition hat solide gewirtschaftet und die Haushaltskonsolidierung wieder auf den richtigen Weg gebracht. Das Ergebnis: stabiles Wachstum, weniger Arbeitslose und sprudelnde Steuereinnahmen auch im kommenden Jahr.

Aber die derzeit bestehenden Risiken für die Weltwirtschaft gehen nicht spurlos an der deutschen Wirtschaft vorüber. Daher muss es in unserem ur-eigensten Interesse liegen, gemeinsam mit den europäischen Partnern weiterhin intensiv an Lösun-

gen für die Staatsschuldenkrise in Europa zu arbeiten.

In Deutschland gilt es, den Mittelstand weiter zu stärken, denn er ist der Motor unserer Wirtschaft. Die Koalition stellt dafür die Weichen und unterstützt die Innovationsbereitschaft kleiner und mittlerer Betriebe und sichert ihren Fachkräftebedarf. Die Union setzt auf moderne und wettbewerbsorientierte Regulierung in den Sektoren Energie, Bahn, Post und Telekommunikation, um den Wettbewerb anzukurbeln und Innovationspotenzial freizusetzen. Der Erfolg zeigt sich im Breitbandausbau: von 10,8 Millionen Anschlüssen im Jahr 2005 ist die Zahl bis 2010 auf 26,2 Millionen gestiegen, und sie steigt kontinuierlich weiter. Bis spätestens 2018 sollen flächendeckend Breitbandanschlüsse (mit 50 MBit/s) verfügbar sein. Investitionen in Forschung und Entwicklung sichern ein stetiges Wachstum. Mit der Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung will die Union größere Anreize schaffen, hier mehr Geld zu investieren.“

Reformationsjubiläum 2017



(Blick voraus auf ein großes Jubiläum: Thomas Strobl MdB, Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien, der die Feierlichkeiten rund um das Ereignis „500 Jahre Reformation“ mit vorbereitet.)

Einstimmig hat der Deutsche Bundestag in dieser Woche den gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen angenommen, der das Reformationsjubiläum im Jahr 2017 als „Ereignis von Weltrang“ einstuft.

Mit dem Reformationsjubiläum und der laufenden so genannten Lutherdekade hat Deutschland die Möglichkeit, die historische Bedeutung der Refor-

mation als gesellschaftliches, kulturelles und religiöses Ereignis für Deutschland, Europa und die Welt in besonderer Form zu würdigen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich an der Ausgestaltung der Lutherdekade aktiv zu beteiligen. Dabei sollen die bedeutenden historischen Orte der Reformation in bestehenden Förderprogrammen des Bundes im Bereich des Denkmalschutzes berücksichtigt werden. Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien wird aufgefordert, die staatliche Geschäftsstelle "Luther 2017" mit ausreichend finanziellen und personellen Kapazitäten auszustatten.

WEITERE THEMEN DER WOCHE:

- **Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Pflege beschlossen**
- **Deutschlands Rohstoffversorgung sichern**

Nähere Informationen zu diesen Themen erhalten Sie auf Wunsch gerne zugesandt. Kontakt unter 030 / 227 72542.

PRESSEMITTEILUNGEN:



„CDU-Landesvorsitzender Thomas Strobl:

„Wir sind gesprächsbereit“ (16.10.2011)

„Das Experiment ist geglückt“, zieht Thomas Strobl eine positive Bilanz des gestrigen 62. Landesparteitags der Südwest-CDU, der gestern als erster in der Geschichte des Landesverbandes mitgliederoffen durchgeführt wurde. „Wir hatten gute Diskussionen in den Foren und im Plenum des Landesparteitages, und wir haben gemeinsam unsere bil-

„dungspolitischen Positionen gefunden“, sagt der CDU-Landesvorsitzende:

„Unsere Positionen in der Bildungspolitik stehen. Und wir sind ab Montag gesprächsbereit, wenn Ministerpräsident Kretschmann tatsächlich über einen breiten Schulkonsens für Baden-Württemberg sprechen will. Wir stehen zu unserer Verantwortung für Baden-Württemberg! Wenn die Landesregierung auch ein bildungspolitisches Konzept haben sollte, kann man auch darüber sprechen.“

Wir wollen keine ideologische Bildungspolitik für unser Land. Die beste Bildung, die beste Förderung für jedes einzelne Kind muss im Mittelpunkt stehen.“

„Herr Ministerpräsident, beenden Sie diesen Irrsinn!“:

CDU-Landesvorsitzender Thomas Strobl zur weiteren Aufblähung des Beamtenapparats in Baden-Württemberg (17.10.2011)



(Foto: dpa)

Wie die Südwest Presse am 17.10.2011 berichtete, wollen die Ministerinnen und Minister der grün-roten Landesregierung den Regierungsapparat erneut aufblähen. Mit Blick auf entsprechende Stellenwünsche schreibt die Zeitung: „Würden alle Forderungen erfüllt, heißt es in Koalitionskreisen, würde sich der Zuwachs erneut auf eine dreistellige Zahl summieren.“ Dazu erklärt der CDU-Landesvorsitzende Thomas Strobl:

„Grün-Rot will für Klientelpolitik offenbar weiter mit beiden Händen das Geld zum Fenster hinauswerfen. Die Regierung hat im Regierungsapparat bereits 180 neue Stellen für treue Parteisoldaten und die eigene Klientel geschaffen – und jetzt wollen sich die grün-roten Ministerinnen und Minister sogar

noch einen weiteren Schluck aus der Pulle genehmigen und nachlegen.“

Im Wahlkampf ist die SPD noch als Schutzherrin der Beamten aufgetreten. Sie hat bei den Beamten die Erwartung geweckt, dass sie von Einsparungen verschont bleiben – und damit um Stimmen gebuhlt. Jetzt soll der Regierungsapparat weiter aufgebläht werden, und die anderen Beamten sollen dafür bluten. Das ist schlicht Wahlbetrug, ein gigantischer Wahlbetrug sogar bei den Beamtinnen und Beamten!

In der Haushaltspolitik hat es lange genug gedauert, bis die Regierung Kretschmann – auch auf Druck der CDU! – die Zeichen der Zeit erkannt und sich für 2011 zur Nullverschuldung bekannt hat. Jetzt den Regierungsapparat noch weiter aufzublähen, gleichzeitig die Beamten zur Kasse zu bitten und dazu noch die Menschen im Land mit einer über 40-prozentigen Erhöhung der Grunderwerbsteuer zu schröpfen – das passt nicht zusammen. Herr Ministerpräsident, beenden Sie diesen Irrsinn!“

v.i.S.d.P.:

Dr. Volker M. Schütterle
Büroleiter und wissenschaftlicher Mitarbeiter

Abgeordnetenbüro Thomas Strobl MdB

- Vorsitzender des Ersten Ausschusses
- Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg
- Vorsitzender des Vermittlungsausschusses
- Vorsitzender der CDU Baden-Württemberg

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030 / 227-72542
Fax 030 / 227-70132